

Differenzierung. Die Währungsreform brachte der Arbeiterschaft trotz eines verbesserten Warenangebots durch das Bewußtwerden der Inflationsverluste,iedereinsetzende Arbeitslosigkeit und den rapiden Preisanstieg bei zunächst fortbestehendem Lohnstop das Gefühl, Opfer einer unsozialen Maßnahme geworden zu sein. Erker stellt jedoch eine schnelle Aussöhnung mit der neuen Wirtschaftsordnung fest, da die mit dem Ende des Lohnstops einsetzenden Tarifverhandlungen die Einkommensituation rasch wieder verbesserten. Lediglich die steigende Arbeitslosigkeit warf einen Schatten auf das Bild des Aufschwungs und schuf neue soziale Konflikte.

Die Bauern waren als Erzeuger eher Nutznießer der Ernährungskrise, da sie mit ihrer volkswirtschaftlich zentralen Rolle vor notwendigen Strukturanpassungen bewahrt blieben und auch unrentable Höfe trotz zwangswirtschaftlich festgelegter niedriger Erzeugerpreise durch die Bedingungen des Schwarzen Marktes überleben konnten. Durch die Währungsreform sahen sich die Bauern mit steigenden Betriebsmittelpreisen, schwankenden Absatzchancen und mit Währungseinbußen konfrontiert. Sie forderten daher das Ende der Bewirtschaftung auch auf dem Ernährungssektor, um über höhere Preise für landwirtschaftliche Produkte einen Ausgleich für die erlittenen Einbußen zu schaffen. Der freie Markt legte jedoch die veralteten Besitz-, Betriebs- und Produktionsstrukturen offen und zwang viele kleinbäuerliche Betriebe zur Aufgabe. Obwohl der Verfasser insgesamt einen relativ raschen Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozeß konstatiert, stellt er fest, daß die Bauern sich selbst eher als die Verlierer der neuen Marktsituation sahen und deshalb schon bald wieder agrarprotektionistische Forderungen erhoben.

Im Unterschied zu Trittel, der in einer Gesamtbewertung vor allem in der durchschnittlich 70prozentigen Wahlbeteiligung 1946/47 den Beleg für den hemmenden Einfluß des Hungers auf das Demokratiebewußtsein der Deutschen sieht, argumentiert Erker, zwar auf ebenso schmaler Untersuchungsbasis, jedoch weitaus überzeugender, daß gerade die bis zum Jahr 1948 zunehmenden Hungerstreiks sowie die Wahlbeteiligung und das Wahlverhalten bei den bayerischen Kommunalwahlen von 1948 gegen eine demokratiefeindliche Haltung sprechen. Deutlicher als Trittel sieht Erker in der zeitlichen Koinzidenz von wirtschaftlichem Aufschwung und westdeutscher Staatsgründung einen wesentlichen Grund für die rasche Akzeptanz, die die Bundesrepublik bei ihren Bürgern gefunden hat, ohne diese These allerdings näher zu belegen. Insgesamt läßt sich sagen, daß beide lesenswerte Arbeiten vorgelegt haben, die zeigen, wie entscheidend gerade die Ernährungskrise nach dem Krieg nicht nur den Weg zur Bundesrepublik beeinflußt, sondern auch das Denken und Handeln ganzer Generationen noch auf Jahrzehnte hinaus bestimmt hat.

*Manfred Peter Heimers, Haar b. München*

Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 31), Oldenbourg Verlag, München 1990, XVI + 205 S., Ln., 78 DM.

Buchheims Untersuchung ist ein weiterer Baustein der Veröffentlichungsreihe des Instituts für Zeitgeschichte, die sich auch der wirtschaftshistorischen Aufarbeitung der Besatzungszeit und der Anfangsphase der Bundesrepublik widmet. Buchheim geht auf zwei Betrachtungsebenen vor. Erstens stellt er dar, wie die westlichen Besatzungsmächte und später die Bundesrepublik die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Ausland gestaltet haben. Zweitens untersucht er »die wechselseitige Bedingtheit der Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft einerseits und überhaupt erst des Zusammenwachsens der Volkswirtschaften des Westens zu einer Weltwirtschaft andererseits«. So wird die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft gleichbedeutend mit der Schaffung der libe-

ralen und multilateralen Weltwirtschaft unter amerikanischer Führung. Der institutionelle Rahmen, den Buchheim betrachtet, wird gebildet von OEEC, GATT, EZU und IWF, und nicht von Montanunion und EWG, die von anderen Kräften und Motiven gespeist wurden als denen der globalen Wirtschaftsfreiheit.

Im Zentrum von Buchheims Interesse finden sich ökonomische und politische Probleme, die mit Hilfe von Ansätzen aus der ökonomischen und politikwissenschaftlichen Theorie aufbereitet und interpretiert werden. Er zeichnet einzelne Entscheidungsabläufe nur in Ausnahmefällen nach, stellt vielmehr statt des aufeinander bezogenen Handelns von Personen vor allem die wechselseitige Bedingtheit von Fakten dar. Diese Methode ermöglicht ihm die Herausarbeitung von Entwicklungen, die den politisch und ökonomisch Handelnden der Zeit nicht immer bewußt oder bekannt waren, die die Geschichte aber trotzdem geprägt haben. Das Buch ist in vier Komplexe gegliedert: Alliiertes Außenhandelsregime in Westdeutschland 1945–1949, Währungsreform und Außenhandel, die Funktionen der Auslandshilfe und die Liberalisierung der westdeutschen Außenwirtschaft im europäischen und weltweiten Zusammenhang.

Das Außenhandelsregime der westlichen Besatzungsmächte von 1945 bis 1949, in dem jedes Import- und Exportgeschäft genehmigt werden mußte, stand unter der Maxime der »Dollarklausel«. Danach wurden vom Kontrollrat im Grundsatz nur Dollars als Zahlungsmittel für deutsche Exporte akzeptiert. Das sollte es den Besatzungszonen ermöglichen, ihren Import an überlebensnotwendigen Gütern aus dem Dollarraum (im wesentlichen Nahrungsmittel) möglichst weitgehend selbst zu finanzieren. Von vorneherein stand bei den USA dabei aber im Hintergrund die Überlegung, daß nur ein Exporterlös in voll konvertierbarer Währung die Eingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, die Ausschaltung von Autarkietendenzen und die Überwindung des Bilateralismus in den Wirtschaftsbeziehungen möglich machen würde. Die USA hielten aus diesen prinzipiellen Überlegungen an der Dollarklausel auch noch fest, als die europäischen Nachbarländer Deutschlands, die dringend auf Importe deutscher Kohle und Investitionsgüter angewiesen waren, aber selbst nicht genug Dollars besaßen, heftig gegen diese Bestimmung protestierten. Die Dollarklausel hatte u. a. den fast paradoxen Effekt, daß Frankreich, das seine Zone durch Warenlieferungen möglichst weitgehend zum Aufbau des eigenen Landes heranziehen wollte, faktisch hohe Dollarzahlungen an seine Zone leistete, bis der allgemeine französische Dollarmangel im Herbst 1947 eine Umorientierung der Exportpolitik für die französische Zone erzwang. Definitiv abgeschafft wurde die Dollarklausel erst im zweiten Halbjahr 1949. Da setzte sich nämlich in den USA die Erkenntnis durch, daß die Klausel ein entscheidendes Hemmnis für eines der Ziele des Marshallplans und der OEEC wurde, nämlich die Liberalisierung und Multilateralisierung des innereuropäischen Handels- und Zahlungsverkehrs.

Die Währungs- und Wirtschaftsreform in den Westzonen im Sommer 1948 und damit die Rückkehr zu einer auf Gewinn kalkulierenden Wirtschaftsweise schuf die bis dahin fehlenden Anreize für deutsche Firmen, überhaupt Exportanstrengungen zu unternehmen. Bisher hatte eher die Verbesserung der Produktionsfähigkeit als die Steigerung der Produktion und des Exports selbst im Vordergrund gestanden. Das von Ludwig Erhard eingesetzte Mittel der Importsteigerung zur Bekämpfung des Preisauftriebs ließ auch die europäischen Nachbarländer am deutschen »Wirtschaftswunder« teilhaben. Zur Marktwirtschaft im Innern gehörte nach Erhard die Liberalisierung im Verkehr nach außen, und nur ein andauernder Konkurrenzdruck durch Importe konnte nach seiner Meinung die Konkurrenzfähigkeit der exportabhängigen westdeutschen Wirtschaft stärken.

Bei seinem auf teilweise recht komplexen Kalkulationen und Schätzungen beruhenden Vergleich der Westdeutschland gewährten Auslandshilfe mit den ihm durch Restitutionsen, Demontagen, Besatzungskosten usw. auferlegten Lasten kommt Buchheim zu dem Schluß, daß angesichts der enormen Bedeutung der Auslandshilfe in ökonomischer und politischer

Hinsicht die unentgeltlichen Transferleistungen Westdeutschlands als sekundär einzustufen sind. Mit dem Mittel der Auslandshilfe, nämlich der Drohung, Marshallplangelder zurückzuhalten, brachen die USA 1950 den britischen Widerstand gegen die Errichtung der Europäischen Zahlungsunion (EZU). Die EZU war eine Clearingunion der OEEC-Länder mit einem multilateralen Kreditmechanismus. Die EZU-Währungen wurden untereinander praktisch konvertierbar. Mit der EZU einher ging die immer weiter reichende Liberalisierung des Handels unter Einbeziehung Westdeutschlands mit dem Abbau von Kontingenten, Zöllen und Diskriminierungen. Eine anfängliche Diskriminierung durch die europäischen Staaten gegenüber dem Dollarraum nahmen die USA bewußt in Kauf.

Nach der sogenannten Liberalisierungskrise erreichte die Bundesrepublik ab 1951 Jahr für Jahr erhebliche Überschüsse im Handel mit den EZU-Partnern. Da die Dauerschuldner in der EZU ihre dortigen Defizite jedoch zunehmend durch Dollareinnahmen von außerhalb des EZU-Raumes decken konnten (u. a. durch Dienstleistungen), gerieten die deutschen Überschüsse langfristig nicht zum Problem. Auf der anderen Seite war der sprunghaft steigende deutsche Export in die europäischen Nachbarländer die Voraussetzung dafür, daß diese Länder ihren Import aus dem Dollarraum reduzieren und so die Dollarlücke endgültig schließen konnten. Die Tatsache der Deckung der Dollarlücke Europas allein weist schon auf die zunehmende Multilateralität des gesamten Welthandels, auch zwischen Dollar-, Sterling- und EZU-Raum, hin. Die Bundesrepublik war einer, wenn nicht *der* Angelpunkt der Entwicklung. Defizite in der deutschen Handelsbilanz mit dem Dollarraum wurden außer durch die Dollarübertragungen aus dem EZU-Raum vor allem durch die Dollarausgaben amerikanischer militärischer Dienststellen in der Bundesrepublik gedeckt. 1958 wurde die EZU aufgelöst, und die in ihr zusammengefaßten Währungen waren stark genug, um voll konvertierbar zu werden.

Buchheim stützt sich auf umfassendes Quellenmaterial, u. a. aus acht Archiven. Elf Tabellen in Text und Anhang ergänzen die Darstellung. Wo laut Buchheim bei Bewertungsfragen »ein gewisser Schematismus und teilweise problematische Hypothesen« unumgänglich sind, setzt er die seinen Berechnungen zugrunde liegenden Annahmen auseinander und ist offen für Kritik. Auf jeden Fall hat Buchheim einen Grundstein zur weiteren Erforschung der deutschen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen nach 1945 gelegt.

*Christoph Stamm, Bonn*

Wolfgang Krumbein, *Wirtschaftssteuierung in Westdeutschland 1945 bis 1949. Organisationsformen und Steuerungsmethoden am Beispiel der Eisen- und Stahlindustrie in der britischen/Bi-Zone* (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 58), Steiner Verlag, Stuttgart 1989, X+302 S., kart., 64 DM.

Mit den in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten von Krumbein, Werner Bühner und Gloria Müller sowie der Edition von Gabriele Müller-List dürfte die Eisen- und Stahlindustrie für die Besatzungszeit in den Westzonen und die Anfangsjahre der Bundesrepublik neben dem Bergbau der historisch am besten untersuchte Industriezweig sein. In seiner Göttinger Habilitationsschrift will Krumbein empirisch die sektorale Industriegeschichte für die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg fortschreiben und den Stellenwert der Eisen- und Stahlindustrie für das »deutsche Wirtschaftswunder« ab 1948 zeigen. Methodisch sucht Krumbein eine enge Verbindung von Politikwissenschaft und Wirtschaftsgeschichte, indem er unter politikwissenschaftlichen Fragestellungen einen Zeitabschnitt der Wirtschaftsgeschichte mit Hilfe umfangreicher Primärquellen aufarbeitet und darstellt. Heuristisch will er die Fragen klären, ob eine staatliche, eine private oder eine Misch-